



Adenauerallee 13
D-53111 Bonn
Tel.: +49 228 766 80 41
Fax: +49 228 766 80 42
info@big-deutschland.de

Antwortbrief an Herrn Außenminister Sigmar Gabriel

Juli 2017

Sehr geehrter Herr Außenminister Gabriel,

Ihr offener Brief, indem Sie sich im Namen der gesamten Bundesregierung an die „türkischen Mitbürger“ wenden, wurde von großen Teilen der türkischstämmigen Community in Deutschland mit Skepsis wahrgenommen.

Aufgrund vieler Bitten unserer Wähler und Mitglieder Ihnen zu antworten, möchte ich mich - auch im Namen der gesamten BIG Partei - in ähnlicher Form an Sie und an die Bundesregierung wenden. Ich habe mir erlaubt Ihre Aussagen zu kommentieren, damit Sie und die Bundesregierung ein Feedback bekommen, wie Ihr Brief bei den „Türken“ ankommt.

Sie behaupten in Ihrem Brief: „Vor allem Sie spüren die großen Schwierigkeiten, denen unser Verhältnis zur Türkei derzeit ausgesetzt ist.“ Die türkischstämmigen Bürger in Deutschland spüren die großen Schwierigkeiten nicht nur einfach so, sondern empfinden auch, dass die Bundesregierung und die SPD voran, welche Sie beide vertreten, diese Schwierigkeiten gezielt inszenieren. Zumindest ist ihre Wahrnehmung die, dass Sie und Ihre Kollegen, unter anderem Ihr Kanzlerkandidat Herr Schulz, mit der Unterstützung ihres ehemaligen Amtskollegen und dem gegenwärtigen Bundespräsidenten Herrn Steinmeier, einen populistischen Wahlkampf auf dem Rücken der in Deutschland lebenden Türken führen. Dies sorgt für noch mehr Misstrauen bei den Deutschtürken in die etablierten Parteien, statt für das von Ihnen gewünschte Vertrauen in die SPD und in die Bundesregierung.

Ihre Feststellung: „Ihre Heimat liegt in Deutschland - aber bei vielen von Ihnen auch in der Türkei.“ klingt ziemlich phrasenhaft. Denn für manche ist Deutschland die Heimat, für manche die Türkei und für viele sowohl Deutschland als auch die Türkei. Warum dann Ihr Separierungsversuch mit der Heimat? Heimat ist, wo sich Menschen sicher und zuhause fühlen und das tun viele „Türken“ hier, trotz der spalterischen Politik der Bundesregierung.

Dann schreiben Sie: „Wir wollen Ihnen deshalb sagen: „Die Freundschaft zwischen Deutschen und Türken ist ein großer Schatz.“ Auch dieser Satz ist nicht weniger gehaltlos, eher sogar trügerisch. Welche „Deutschen“ und „Türken“ meinen Sie denn eigentlich? Erstens gibt es nicht „die Deutschen“ oder „die Türken“, zweitens sind viele türkischstämmige Bürger in Deutschland schon so lange hier, dass sie wissen, was ihre Freundschaften hier bedeuten. Viele leben schon in der dritten und vierten Generation hier und verstehen sich als Teil der deutschen Gesellschaft und können nichts mit Ihren Aussagen anfangen. Das sollten sie eigentlich als langjähriger Parteivorsitzender der SPD, als Vizekanzler und Bundesaußenminister wissen.

Dann folgt Ihr merkwürdiger Satz: „Wir haben uns für gute Beziehungen zur Türkei immer auch eingesetzt, weil wir wissen, dass ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei für Sie wichtig ist.“ Sie haben sich für gute Beziehungen ... eingesetzt, weil das für uns wichtig ist? Heißt es, Sie hätten sich sonst nicht für gute Beziehungen eingesetzt, sondern eher für mäßige bis schlechte? Wie soll man Ihre Aussage denn deuten Herr Außenminister?

Viele Türken empfinden, dass die Bundesregierung sich seit den Gezi-Park Ereignissen in 2013 böswillig bis feindselig gegenüber der Türkei verhält, was mittlerweile zu einer kaum noch zu überbietenden und omnipräsenten Türkeihetze in Deutschland geführt hat. Man kann von einem regelrechten Erdogan-Bashing, ja sogar Erdogan-Manie in der Öffentlichkeit, die die etablierte Politik und die von gewissen Kreisen gesteuerten Medien heraufbeschworen haben, sprechen. Zudem lässt Ihre Bundesregierung unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit seit langem zu, dass der vom türkischen Volk gewählte Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan diskreditiert und dämonisiert wird. Folgende Beispiele belegen diese Feindseligkeiten.

- In 2014 wurde Herr Erdogan in einem deutschen Schulbuch in Baden-Württemberg als Kettenhund karikiert. Dies spiegelt traurigerweise die Zunahme von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland wieder. Wie war die Haltung Ihrer Bundesregierung dazu? Ziemlich ignorant, wenn Sie sich noch daran erinnern können!
- 2016 beschimpfte Böhmermann Herrn Erdogan und die Türken mit seiner perversen und rassistischen Schmähschrift, die von großen Teilen der deutschen Politik und Medien als Meinungsfreiheit verteidigt wurde. Die Konsequenz, die Ihre Bundesregierung daraus gezogen hat war, Paragraf 103 StGB abzuschaffen, statt die Beleidigung gegenüber einem Staatspräsidenten unmissverständlich zu verurteilen.
- Ebenso zogen 2016 deutsche Politiker, wie Herr Lindner und Herr Trittin, Hitlervergleiche bezüglich Herrn Erdogan. Das ist maßlos unverschämt. Hitler hat Millionen von Menschen das Leben gekostet. Präsident Erdogan hat vier Millionen Syrern das Leben gerettet.
- Seit Jahren betreiben die Links-Partei und die Grünen mit deutschen Steuergeldern Wahlkampf für die pro PKK-Partei HDP in Deutschland und sind sogar Mitveranstalter und offizielles Sprachrohr bei PKK-Veranstaltungen. Seltsamerweise regt sich darüber kein Regierungsvertreter auf. Warum unterbindet die Bundesregierung diesen Skandal nicht?
- Am 2. Juni 2016 verabschiedete der Deutsche Bundestag die unrühmliche Armenier-Resolution, die die Deutschtürken zurecht als Verrat an den Türken sehen, weil diese Resolution eine politische Willkür-Justiz darstellt, in der die Türken als Nachkommen von Völkermördern verurteilt werden. Es ist nicht die Aufgabe eines deutschen Parlaments, ohne eine klare Beweislage die Geschichte eines Volkes zu verurteilen. Herr Erdogan war der erste Ministerpräsident, der 2014 den Armeniern sein Mitgefühl für ihr Leid bekundete und dafür plädierte, dass alle betroffenen Staaten doch ihre Archive öffnen und eine gemeinsame Historiker-Kommission einrichten mögen, damit eine historisch-gerechte Aufarbeitung stattfinden kann.
- Damit nicht genug, seit dem Putschversuch am 15. Juli im letzten Jahr wird Präsident Erdogan von vielen deutschen Politikern und Medien permanent als Diktator diskreditiert. Frau Merkel besuchte vor ein paar Monaten Ägypten und traf den ägyptischen Diktator Al Sisi, der durch einen Putsch an die Macht gekommen ist und Verantwortung an der Tötung vieler Menschen trägt. Bei ihrem Besuch im letzten Jahr lobten Sie ihn übrigens auch als „einen beeindruckenden Präsidenten“. Von Diktatur war nichts zu hören. Diktatoren, die deutschen Interessen nutzen sind scheinbar gut. Finden Sie das nicht auch moralisch verwerflich?

- *An einer Friedensveranstaltung in Köln, kurz nach dem erfolgten Putsch, wurde durch eine Eilrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes die Übertragung einer Videobotschaft des Präsidenten Erdogan verboten. Hingegen durfte einer der Führer der Terrororganisation PKK per Videoübertragung in Deutschland zu seinen Anhängern sprechen. Das war eine perfide Instrumentalisierung der Justiz und ein Zeichen von Staatsräson.*
- *Während des Referendums in der Türkei wurde türkischen Regierungspolitikern das Recht auf freie Meinungsäußerung entzogen mit fadenscheinigen, bürokratischen Methoden. Wohingegen türkische Oppositionspolitiker mit ihrer Nein-Kampagne durch Deutschland touren konnten und von deutschen Parteien massiv unterstützt wurden, zumal einige dieser Politiker offensichtlich Beziehungen zur PKK pflegen.*
- *Die mit unseren Rundfunkgebühren finanzierte ARD betrieb Desinformationskampagnen, verbreitete Falschmeldungen und stellte die Inhalte der türkischen Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems nicht wahrheitsgemäß dar. Es ist skandalös, dass eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt immer wieder durch parteipolitische Einflussnahme instrumentalisiert wird, um einseitig und unausgewogen über innerpolitische Angelegenheiten in der Türkei zu berichten.*

Können Sie verstehen, dass diese politische Doppelbödigkeit der etablierten deutschen Parteien und der Bundesregierung für viele Deutschtürken mittlerweile absolut unerträglich geworden ist, Herr Gabriel?

Es ist nicht die Aufgabe der deutschen Politik, der deutschen Politiker und der deutschen Medien, sich in die inneren politischen Angelegenheiten eines anderen Landes derart einzumischen, gar über einen geplanten Systemwechsel in einem anderen Land zu entscheiden.

Diese Art von Haltung zeugt von Arroganz gegenüber dem türkischen Volk. Die Türken haben eine längere Erfahrung mit der Demokratie als Deutschland, und zwar seit fast 94 Jahren. Ihre Demokratiefähigkeit haben sie am 15. Juli letzten Jahres beispiel- und heldenhaft der ganzen Welt gegenüber bewiesen.

Diese Überlegenheitsattitüde ist auch der Grund, warum sich viele Deutschtürken mittlerweile mit den etablierten Parteien hier nicht identifizieren können. Denn nicht mal die Mindestvoraussetzungen für einen Dialog auf Augenhöhe liegen vor.

Auch die folgende Aussage in Ihrem Brief klingt für viele erneut heuchlerisch: „Jetzt aber werden unbescholtene deutsche Staatsbürger ins Gefängnis gesteckt. Als deutsche Bundesregierung können wir nicht tatenlos zusehen. Wir müssen unsere Staatsbürger schützen.“ Woher haben Sie die Gewissheit, dass es unbescholtene deutsche Staatsbürger sind, die in türkischer Untersuchungshaft sitzen? Was sind Ihre Beweise? Durch diese seltsame Haltung der Bundesregierung entsteht bei vielen Bürgern der Eindruck, dass die Bundesregierung hinter vielen Machenschaften steht, um die türkische Regierung und somit die Türkei zu destabilisieren. Denn sonst müsste sie der Wahrheitsfindung und der Gerechtigkeit wegen der türkischen Regierung anbieten, an der Aufklärung der schweren Vorwürfe der türkischen Justiz mitzuwirken. Fehlannonce! So schützt man nicht die eigenen Staatsbürger, sondern instrumentalisiert sie nur für eigene politische Zwecke.

Mit dieser Begründung schreiten Sie dann in ihrem Brief zur Drohung über: „Deshalb ändert sich die Politik der Bundesregierung gegenüber der türkischen Politik. Wir werden die Zusammenarbeit und vor allem die wirtschaftlichen Hilfen für die Türkei auf den Prüfstand stellen und auch in Europa für eine klare Haltung eintreten“. Glauben Sie ernsthaft, dass das die richtige Strategie ist gegenüber einem wichtigen Wirtschafts- und NATO-Bündnispartner und dass Sie damit etwas bewirken können? Es geht Ihnen nur darum, Stärke gegenüber Ihren Wählern zu demonstrieren. Wie unredlich. Und Sie wissen, dass Sie damit in Europa für eine falsche Haltung eintreten. Sie isolieren mit Ihrer Haltung Deutschland in der Weltgemeinschaft. Diese Drohgebärden sollten Sie schleunigst beenden. Statt eine ehrliche Politik gegenüber der Türkei zu verfolgen, schüren Sie, so wie alle anderen Politfunktionäre der etablierten Parteien auch, aus Wahlkampfgründen Ressentiments, bestärken Vorbehalte gegenüber Türken, gefährden den inneren Frieden und rücken damit Deutschland ins schlechte Licht.

Ihr letzter Satz wirkt auf viele Türken scheinheilig und unglaubwürdig: „Was Sie aber wissen sollen, ist: Nichts davon richtet sich gegen die Menschen in der Türkei und unsere Mitbürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland. Denn: Gleichgültig wie schwierig die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind, bleibt für uns klar: Sie, die türkischstämmigen Menschen in Deutschland, gehören zu uns – ob mit oder ohne deutschen Pass.“ Nichts richtet sich gegen die Menschen in der Türkei, wenn sie mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen drohen sowie deren Staatspräsident seit Jahren versuchen zu diskreditieren? Nichts richtet sich gegen die Türken, wenn der deutsche Außenminister ankündigt, dass das Auswärtige Amt die Sicherheitshinweise für Reisen in die Türkei verschärfen wird? Nichts richtet sich gegen die Mitbürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland, wenn die Bundesregierung sie für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert? Ist das nicht alles pure Erpressung und Feindseligkeit gegenüber Türken Herr Gabriel? Sie erschweren die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei und behaupten, dass die türkischstämmigen Menschen in Deutschland zu uns gehören? Wen meinen Sie denn mit uns? Bestimmt gehören die türkischstämmigen Menschen nicht der SPD oder der Bundesregierung. Sie sind mündige Bürger in Deutschland, denen keiner sagen braucht, wohin sie gehören.

Und apropos Ihre letzte Aussage „ob mit oder ohne deutschen Pass“ beweist und erinnert die Türken in Deutschland an Ihre Unehrllichkeit. Beim letzten Bundestagswahlkampf hatten Sie als Bundesvorsitzender der SPD versprochen, dass es keinen Koalitionsvertrag ohne doppelte Staatsangehörigkeit geben wird. Sie und Ihre SPD haben ihr Versprechen nicht gehalten. Sie haben ihr Wort gebrochen. Wie wollen Sie diesen Vertrauensverlust wieder gut machen?

Die Ignoranz und die Arroganz sind mittlerweile zu Markenzeichen der Bundesregierung, aber auch aller etablierten Parteien in Deutschland geworden. Diese Haltung verhindert jedwede Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen und spaltet auch die Menschen in Deutschland. Daher ist mein Appell an die Bundesregierung, wieder zur Vernunft und Verantwortung zurückzukehren, der Türkei mit Wertschätzung und auf Augenhöhe zu begegnen. Hören Sie endlich auf, Propagandakampagnen gegen die Türkei zu führen, Unwahrheiten zu verbreiten und somit die deutsche Öffentlichkeit zu manipulieren. Der Bundestagswahlkampf darf nicht populistisch auf dem Rücken hiesiger gesellschaftlicher Gruppen geführt werden, denn dies gefährdet das Vertrauen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zueinander.

Kein Politiker und kein Medienvertreter sollte den Luxus haben, Menschen in Verzweiflung, Unmut und Ausgrenzung zu stürzen. Jeder Bürger in Deutschland, ob mit oder ohne fremde Wurzeln, verdient es, gerecht und mit Respekt behandelt zu werden.

Lieber Herr Gabriel, viele türkischstämmige Bürger aus Deutschland, die ihre Verwandten und Freunde in der Türkei besuchen, berichten immer wieder mit Bewunderung von deutschen Tugenden, wie Aufrichtigkeit, Geradlinigkeit, Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit und Pflichtbewusstsein. Damit begründen sie, warum sie u.a. gerne in Deutschland leben. Die Deutschtürken hoffen, dass die Bundesregierung wieder pflichtbewusst handelt und eine ehrliche, wertschätzende Politik gegenüber der Türkei verfolgt. Sowohl die deutsche als auch die türkische Regierung sollten bemüht sein, wieder zur Normalität zurückzukehren.

Viele junge Menschen sehnen sich, unter Beibehaltung ihrer Werte und vielfältigen Identität, nach Akzeptanz und einer gerechten Zukunft in Deutschland. Als BIG Partei ist es eines unserer wichtigsten Anliegen, diesem legitimen Wunsch politisch Gehör zu verschaffen.

Ich hoffe, dass Sie und die Bundesregierung meine kritischen Anmerkungen bezüglich Ihres Briefes an die türkischstämmige Community in Deutschland, offen und positiv aufnehmen.

Gerne stehen wir für ein Gespräch bereit, uns mit Ihnen und Ihren Regierungskollegen über die bestehenden Herausforderungen und möglichen Lösungsansätzen auszutauschen.

Mit freundlichen Grüßen,

Haluk Yıldız
Bundesvorsitzender der BIG Partei